

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschlüssel: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1330  
Strolche Riesa Nr. 52.

Nr. 131.

Dienstag, 9. Juni 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Anzeigertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Ersetzen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. Seite 4 Mark, für die 1. Seite 6 Mark, für die 2. Seite 5 Mark, für die 3. Seite 4 Mark, für die 4. Seite 3 Mark, für die 5. Seite 2 Mark, für die 6. Seite 1 Mark, für die 7. Seite 1 Mark, für die 8. Seite 1 Mark. Zusätzliche Abgabe 10 Pfennig, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Frühling an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Verständigung zwischen England und Frankreich.

(Genf. Briand empfing gestern nachmittag in Gegenwart Chamberlains die Presse. Er machte auf die ihm gestellten Fragen im wesentlichen folgende Angaben: Frankreich und England sind sich über die Antwort, die Frankreich Deutschland auf sein Memorandum über den Sicherheitspakt übermitteln wird, vollkommen einig. Der Text der Antwort an Deutschland ist bereits vorbereitet und von England aufgegeben worden. Ebenso wie England sind auch die anderen interessierten Mächte, so besonders die belgische, mit der Antwort einverstanden. Es wird alles geschehen, um der Reichsregierung die Antwort bereits in den nächsten Tagen zukommen zu lassen. Die Darlegungen in der französischen Antwort sind so loyal, weitgehend und feindsinnig, daß es Deutschland möglich sein wird, auf Grund der vorliegenden Einigung zu einer greifbaren Lösung zu kommen. An die Anerkennung Briands knüpfte Chamberlain die Erklärung, er schließe sich der Erklärung des französischen Ministers des Aeußeren nach Form und Inhalt an. Die erreichte Verständigung biete die Grundlage zu einem außerordentlich leistungsfähigen Friedenswerk.

(Paris. Der Vertreter der Agence Havas in Genf ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die letzten Meinungsverschiedenheiten, die zwischen England und Frankreich in der Sicherheitsfrage noch bestanden hätten, jetzt überwunden sind. Das zwischen den Regierungen von Großbritannien, Frankreich und Belgien erzielte Abkommen stellt den formellen Beschluß Großbritanniens fest, die Rheinzone so, wie sie der Vertrag von Versailles festgelegt habe, zu garantieren und jede Verletzung der territorialen und militärischen Klauseln, die die Rheinzone garantieren, als ein Verstoß zu betrachten. Was die Diktanden Deutschlands betrifft, so erklärt Großbritannien ausdrücklich, daß es der Durchführung des Vertrages von Versailles treu bleibt. Die durch England für die Rheinzone angeordnete Garantie erstreckt sich nicht auf die Grenzen von Polen und der Tschechoslowakei; diese Grenzen stehen unter dem Schutze des Völkerbundes. Endlich wird in dem französisch-britischen Abkommen formell erklärt, daß Frankreich in dem Maße, daß seine Alliierten das Völkerverständnis nicht zu verletzen, bereit ist, ihnen zu Hilfe zu eilen.

## Was die Kontrollkommission berichtet.

(Paris. Die französische Regierung hat der Presse gestern abend einen Auszug aus dem Bericht der internationalen Militärkontrollkommission übermitteln, der am 15. Februar an den Vorsitzenden des internationalen Militärkomitees in Versailles Marschall hoch gerichtet worden ist. Die letzte Inspektion habe am 8. September 1924 begonnen und sei am 26. Januar 1925 beendet gewesen. Diese Operation habe, da man seit sechs Monaten davon gesprochen habe, die deutschen Behörden nicht überrascht. Sie hätten gewußt, daß die meisten Besuche vorher angekündigt wurden; es habe also weder Widerstand noch Obstruktion geben dürfen. Während die Kontrollkommission ohne Schwierigkeiten von der Polizei, den Fabriken und den Zivilbehörden aufgenommen worden sei, habe sie den heftigsten Widerstand bei den Militärbehörden gefunden (!) Die Militärbehörden hätten sich bis Ende Oktober geweigert, zuzugeben, daß die Kommission die Überprüfung auch auf die Vergangenheit erstreckt, so daß jede Möglichkeit zu Verleihen ausgeschlossen gewesen sei. Sie hätten sich bereit erklärt, auf Fragen zu antworten, aber sich oft geweigert, die unerlässlichen Dokumente mitzuteilen, oder sie hätten ihr Vorhandensein abgelehnt. Am 23. September habe die Kommission schließlich das Recht erlangt, die nötigen Dokumente einzusehen.

Die Arbeit sei dann durch die Prüfung des Materials wesentlich erleichtert worden; aber es sei dies nicht der Fall hinsichtlich der Effektivbestände und der Rekrutierungen. Die Struktur der Militärbehörden habe bis zum Ende der Generalinspektion ungeändert geblieben. Die deutsche Regierung habe ebenfalls erklärt, daß die Kontrollkommission keine Kenntnis nehmen könne von dem vollständigen Aktenmaterial, sondern daß sie nur im Voraus die Dokumente mit Nummern und Datum bezeichnen müsse, die sie einsehen wolle. Sehr oft seien die Dokumente mit Verspätung vorgelegt worden; manchmal habe man sogar den Zutritt zu den Lokalen verweigert.

Bei den Küstenbatterien hätten sich die Behörden geweigert, die Kontrollkommission an Ort und Stelle den Umfang gewisser betonierter Anlagen nachprüfen zu lassen. Es sei schließlich bedauerlich, daß unter der Beschuldigung des Hochverrats gegen die Verfasser gewisser Preskzettel, die Verletzungen am Vertrag feststellen, Strafverfahren eingeleitet worden und schwere Verurteilungen erfolgt seien, während die Vereinigungen, die eine Tätigkeit ausgeübt hätten, die gegen die Bestimmungen des Vertrages verstoßen, die Nachsicht der Behörden gefunden hätten.

In erster Linie müsse man aber die militärische Vorbereitung der Jugend und das Vorhandensein von harter Bewaffnung mit Kriegsmaterial nennen. (!)

Der Bericht geht dann dazu über, die Ergebnisse der Generalinspektion in drei Rubriken zu bezeichnen, und kommt schließlich zu folgenden Schlüssen: Hinsichtlich der Bemanning und des sonstigen Kriegsmaterials scheint die militärische Lage Deutschlands seit 1923 ungefähr die gleiche geblieben zu sein; keine der zu jener Zeit festgestellten Verletzungen sei beseitigt worden. Die Punkte, in denen die militärische Macht Deutschlands eine ausgeprägte Verstärkung lasse, lägen auf dem Gebiete der Effektivbestände,

der Rekrutierung und der militärischen Ausbildung sowie bei gewissen Ausrüstungen und Befestigungen.

Der Bericht schließt mit einer Erklärung, in der es heißt, die Kommission könne aus eigener Initiative und ihrer Ansicht nach nicht erklären, daß die militärischen Klauseln des Friedensvertrages von Versailles in Deutschland erfüllt worden seien, sondern daß die Befestigung von Verletzungen, deren Notwendigkeit die Generalinspektion bewiesen habe, noch ziemlich große Fortschritte machen müsse.

## Saushaltsauschuß des Reichstages.

Reichsforsten. — Die Vorgänge in Teltow. — Titelverleihung. Volkstrauertag. — Nationalfeiertag.

(Berlin. (Funknachr.) Der Haushaltsauschuß des Reichstages ist heute vormittag die Beratung des Haushaltsplanes des Reichsministeriums des Innern fort. Reichsinnenminister Schiele verliest einen Bericht des preussischen Innenministers über die Vorgänge in Teltow, wonach die Initiative zu dem Zusammenstoß von den roten Frontkämpfern ausgegangen sei. Dieser habe einen Unfallschaden von 1000 Mark verursacht und sei gegen die Polizeimannschaften, die ihn in Schutz nehmen wollten, tätig geworden. — Die Reichsregierung habe sich für den Verfassungsausschuß nur auf Initiative aus dem Hause, nicht aus eigener Kraft, auch nicht selbst Anträge auf Verfassungänderungen vorbereitet.

Abg. Schlang-Schöningen (D.M.) bemerkt, seine Partei habe zurzeit wichtigeres zu tun, als eine grundlegende Änderung der Weimarer Verfassung vorzubereiten. In der Abstimmung werden eine große Reihe von Entschlüssen angenommen, darunter ein Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Verleihung von Titeln von Reichs wegen neu regelt.

Abgelehnt wird mit 14 gegen 12 Stimmen eine deutsch-nationale Entschl. die Reichsregierung zu ersuchen, einen verfassungsbändernden Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Reichsforsten schwarz-weiß geteilt sind.

Angenommen werden deutsch-nationale Anträge, die wirksame Schutzmaßnahmen zu Gunsten der gefährdeten und mißhandelten deutschen Minderheiten in fremden Staaten verlangen, die ferner eine bis zum 4. April d. J. fortgeführte Statistik über den Umfang der österrischen Einwanderung seit dem 1. August 1914 verlangen, die für die Befestigung der bei der Schutzpolizei bestehenden Hilfswilligen in Preußen und Sachsen eintreten, und die einen Gesetzentwurf beantragen, durch den zum Gedächtnis der im Weltkrieg Gefallenen ein allgemeines Volkstrauertag festgelegt wird. Ebenfalls zur Annahme gelangt ein deutsch-nationaler Antrag auf Aufhebung des Republikgebührens und ein weiterer Antrag, wonach der 18. Januar zum Nationalfeiertag verlangt wird.

## Die Aufwertung von Pfandbriefen und Sparguthaben.

(Berlin. Der Aufwertungsausschuß des Reichstages einigte sich in seiner Montagsitzung für das Kapitel Aufwertung von Pfandbriefen auf eine Gesetzesfassung, die die Ansprüche aus Pfandbriefen, Schuldverschreibungen und Schuldbriefen in der Weise aufwertet, daß die Teilungssumme gleichmäßig unter die Gläubiger im Verhältnis der festgestellten Goldmarkbeträge verteilt wird. Bei Pfandbriefen soll zwischen Alt- und Neubrief kein Unterschied gemacht werden.

Beim Kapitel Aufwertung von Sparkassenguthaben nahm der Aussch. eine Entschl. Dr. Schetter (D.) vorläufig an, die im Gele ein Mindestmaß für die Aufwertung von Sparkassenguthaben fordert.

Annahme fand auch eine Entschl. der Kompromiß-Parteien, die die Reichsregierung ersucht, darauf hinzuwirken, daß die Länder bei der Festlegung der Teilungssumme der Sparkassen dafür sorgen, daß der Sparkassen-Aufwertungsbeitrag hinter dem Aufwertungsbeitrag der Kommunalanleihen nicht wesentlich zurückbleibt. Der die Sparkassen-Aufwertung betreffende Gesetzentwurf wurde im übrigen in der Regierungsfassung angenommen.

Den die Aufwertung von Versicherungsansprüchen betz. Teil des Aufwertungsgegenstandes änderte der Aussch. dahin ab, daß die Reichsregierung es zulassen kann, daß in besonderen Fällen die Durchführung des Aufwertungsverfahrens in anderer Weise als durch Ueberweisung des Aufwertungsbeitrags an einen Treuhänder erfolgt und besonders Verordnungen für Ansprüche aus Versicherungsverträgen mit ausländischen Unternehmungen, die nicht unter Reichsaufsicht stehen, erlassen werden können.

Die Weiterberatung wurde auf Dienstag vertagt.

## Die Lohnfrage in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie.

(Essen. In der gestrigen Sitzung der Betriebsarbeitsgemeinschaft (Tarifgemeinschaft) für die rheinisch-westfälische Eisen- und Stahlindustrie fand der Antrag der Arbeitgeber auf der Tagesordnung, mit Rücksicht auf die außerordentlich schwierige Wirtschaftslage und im Interesse einer Weiterbeschäftigung der Arbeiter ab 1. Juli einen Lohnabbau von 10%, vorzunehmen. Demgegenüber verlangten die Arbeitnehmer, die das Lohnabkommen ebenfalls zum 1. Juli gekündigt haben, in der Sitzung eine Erhöhung des Stundenlohns des 21-jährigen Facharbeiters von 86 auf 80 Pf. — etwa 21%. Eine Verhandlung konnte nicht geführt werden, da die Gewerkschaften es ablehnten, die Verhandlung des Arbeitgeberantrages entgegenzunehmen.

## Eine neue Personalabbau-Novelle.

Die neue Novelle zur Personal-Abbau-Verordnung sieht folgende wesentliche Verbesserungen vor:

1. Gänzliche Aufhebung der für die Beamten und Angestellten geltenden Abbaubestimmungen.
2. Bessere Befestigung der Pensionsfürsorgevorschriften.
3. Gewährung von Abfindungssummen an verbeiratete weibliche Beamte, die aus dem Beamtenverhältnis ausscheiden.
4. Dinaufhebung der Mindestwartelsgrenze und des Höchstbetrages des Wartelgeldes.
5. Einschränkung der Einkommensperre; besondere Berücksichtigung der Versorgungsämter und Schwerkrankenbeschäftigten bei Einstellung von Beamten.
6. Gewährung von Witwen- und Waisengeld an die Hinterbliebenen eines verstorbenen Ruhegehaltsempfängers, der sich erst nach der Pensionierung verbeiratet hat.
7. Gewährung einer Witwenbeihilfe an schullos gebliebene Ehefrauen verstorbenen Beamter oder Ruhegehaltsempfänger.
8. Gewährung einer Witwenbeihilfe an wiedererheiratete wittwenberechtigende Witwen im Todesfall des zweiten Ehemannes.

Da diese Verbesserungen nicht ohne Einfluß auf die Rechte der Länder- und Gemeindebeamten bleiben werden, war eine vorherige Beteiligung des Reichsrates geboten, um so eine gleichmäßige Behandlung der Reichsbeamten mit den Länder- und Gemeindebeamten zu erzielen.

## Vorträge beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funknachr.) Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichsanwalt Dr. Lischer und den Reichswirtschaftsminister Dr. Reubens zum Vortrag über wirtschafts- und handelspolitische Fragen. Später nahm der Herr Reichspräsident den Vortrag des Reichsministers Dr. Stresemann über außenpolitische Angelegenheiten entgegen.

## Dr. Schacht in Wien.

Der Präsident der Deutschen Reichsbank, Dr. Schacht, ist Sonntag mittag in Begleitung seiner Gattin in Wien eingetroffen. Dr. Schacht wird 3 Tage in Wien bleiben.

## Empfang der Wiener Pressevertreter.

(Wien. Gestern nachmittag empfing der Präsident der Deutschen Reichsbank, Dr. Schacht, die Vertreter der Wiener Tagespresse. Er erklärte hierbei, in der deutschen Ausuberkatistik stehe Österreich an erster Stelle, was die Junktzeit der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern wohl am besten charakterisiere. Die Frage der ökonomischen Konsolidierung werde erst dann zu lösen sein, wenn die Beherrschung aller lebenden Fragen durch militärische und rein politische Gesichtspunkte nicht mehr andauern werde und wenn es wieder möglich sei, daß Deutschland auf das besetzte Gebiet den ihm gebührenden Einfluß wieder nehmen könne. — Dann gab Dr. Schacht Aufklärungen über die Stimm-Angelegenheit und betonte, die Schwierigkeiten, in die die Firma Huago Stinnes geraten sei, besäßen sich allein darauf, daß die Finanzierung der Firma mit allzu kurzfristigen Geldern vorgenommen worden sei. Die ganze Aktion, die zu Gunsten der Firma Huago Stinnes von den interessierten deutschen Banken eingeleitet hat, hat nur darin bestanden, daß die Banken sich verpflichtet haben, kurzfristige Kredite auf eine längere Zeit zu befristen. Alle deutschen Wirtschaftsführer und in erster Reihe auch die deutschen Banken würden keine höhere Aufgabe zu erfüllen haben, als den Ruf der deutschen Kreditwürdigkeit und der deutschen wirtschaftlichen Zuverlässigkeit ausbreiten zu erhalten. Die einzige Befürchtung, die für das europäische Wirtschaftsleben besteht, ist, daß das politische Zustandnis derer, die heute die Macht in Europa haben, andauert. — Auf eine Frage erklärte Dr. Schacht bezüglich der Kooperation zwischen den einzelnen europäischen Notenbanken, von einer engeren Fühlungnahme könne vorläufig noch nicht die Rede sein; es sei ihm auch nicht bekannt, daß in dieser Richtung irgend etwas geplant sei.

(Wien. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht stattete gestern vormittag dem Präsidenten der Oesterreichischen Nationalbank Dr. Reich einen längeren Besuch ab. Zu Ehren Dr. Schachts gab Dr. Reich ein Essen, zu dem u. a. der Bundeskanzler Dr. Kramel und der deutsche Geschäftsträger Graf Dönhoff sowie führende Mitglieder der Großbanken geladen waren.

## Vor der Regelung der Amnestiefrage.

(Berlin. Wie verlautet, sind die Verhandlungen mit den Ländern über die Amnestie nunmehr abgeschlossen. Es ist daher damit zu rechnen, daß die Reichsregierung jetzt mit aller Beschleunigung an die Ausarbeitung des Reichsamnestiegesetzeswerkens herangeht wird.

## Die blutigen Zusammenstöße in Teltow.

(Berlin. Zu den Vorgängen in Teltow am gestrigen Sonntag wird amtlich mitgeteilt, daß das preussische Ministerium des Innern sofort von allen in Frage kommenden Dienststellen Bericht eingefordert hat. Sobald die Ermittlungen, die sich naturgemäß u. a. auf die Vernehmung zahlreicher Personen erstrecken, abgeschlossen sein werden, soll die Öffentlichkeit weiter unterrichtet werden.